

Liebe Leserinnen und Leser,



pünktlich zum 1. Mai, zum Tag der Arbeit, möchte ich Sie und Euch wieder mit einem Abgeordneten-Brief über meine Arbeit der letzten Monate informieren.

Ministerpräsident Horst Seehofer scheint Überraschungen zu mögen. Und so war denn v.a. seine eigene Partei zu Jahresbeginn überrascht, als er als Ziel ein schuldenfreies Bayern im Jahr 2030 vorgab. Dabei hat die CSU in den vergangenen 15 Jahren selbst dank Misswirtschaft und Landesbank-Misere die Schulden des Freistaats von 16 auf 32 Milliarden Euro glatt verdoppelt.

Mittlerweile macht sich selbst in der CSU Ernüchterung breit, weil statt eines handfesten und tragfähigen Konzepts nur Luftnummern, Tricks und finanzielle Verschiebebahnhöfe übrig bleiben.

Die Bayern-SPD und die SPD-Landtagsfraktion bekennen sich ausdrücklich zu einem Schuldenabbau, wenn er seriös und nachhaltig machbar ist und wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Wirtschaft und Kommunen im Freistaat dabei keinen Schaden nehmen.

Wir haben auf unserem kleinen Parteitag am 24. März den Leitantrag „Starke Wirtschaft, Gute Arbeit“ beschlossen. Wir schlagen eine Wachstumsstrategie auf Basis von Investitionen, Innovationen und Guter Arbeit vor und benennen 16 konkrete Projekte zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs in Bayern. Der verabschiedete Antrag „Bessere Finanzpolitik für Bayerns Zukunft“, der von mir mit geschrieben wurde, entwirft zudem eine seriöse Alternative zu den unrealistischen Versprechungen der CSU und zeigt auf, wie mit einer Verbesserung der Staatseinnahmen Investitionen gesichert und die Schulden von Staat und Kommunen abgebaut werden können(s. S. 10).

Es lohnt sich für die Ziele, für die wir Sozialdemokraten auch dieses Jahr gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai demonstrieren, auch im politischen Alltag einzutreten und dafür auch um Mehrheiten bei den Landtags- und Bundestagswahlen 2013 zu kämpfen.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde, ich wünsche Ihnen und Euch einen schönen 1. Mai, gute Kundgebungen und einen wunderbaren Wonnemonat!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg, Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 2
	Aktivitäten vor Ort	Seite 4
	Meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher	Seite 9
	Aktuelles aus der Landespolitik	Seite 12
	Aufgemerkt: Termine und Veranstaltungshinweise	Seite 16

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Erfolgreiche Integration vor Ort stärken

Integrationspolitischer Empfang der SPD-Landtagsfraktion



Integrationsberaterin Sema Kuzucu, Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake, MdL Isabell Zacharias, Natali Soldo-Bilac vom Integrationsbeirat Würzburg und MdL Volkmar Halbleib.

„Integration ist dann erreicht, wenn niemand mehr darüber spricht. So weit sind wir noch lange nicht“, so Isabell Zacharias, die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in ihrer Rede anlässlich des integrationspolitischen Empfangs im Würzburger Kulturspeicher. Zu diesem Empfang hatte MdL Volkmar Halbleib und die SPD Landtagsfraktion unter dem Motto „Mittendrin statt Parallel!“ am Abend des 29. März´ eingeladen. 100 Bürgerinnen und Bürger sind der Einladung gefolgt.

Vor dem Abendempfang hatten Halbleib und Zacharias tagsüber Einrichtungen und Projekte in Würzburg besucht, wo nicht nur über Integration geredet, sondern wo diese vorbildlich gelebt und in die Tat umgesetzt wird. Auf dem Programm standen die Jugendbildungsstätte Unterfranken, das Projekt Soziale Stadt Heuchelhof und die Mönchbergsschule. Zacharias nannte die Schule, in die Sprachförderung eine zentrale Stellung einnimmt, in ihrer Rede eine vorbildliche Schule, die Migrantenkinder tatsächlich Bildungschancen eröffnet. Die Kinder, die mit ihren Eltern in die Region Würzburg gezogen seien, würden hier auf eine Weise gefördert, die ihre Persönlichkeit stärkt und ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich erhöht. Dies sei, so Zacharias, dem großen Engagement der Lehrerinnen und Lehrer zu verdanken. Die müssten allerdings –im Vergleich zu anderen Schulen- außergewöhnliche Arbeit leisten einbringen, da es zu wenige Lehrerstunden gebe.

Leider sei es in Bayern immer noch Realität, dass Kinder mit Migrationshintergrund eine siebenfach geringere Chance haben, eine Übertrittsempfehlung für das Gymnasium zu erhalten, als Kinder aus Akademikerfamilien. Dass nicht mehr getan werde, um Migrantenkinder eine ihren Begabungen entsprechende Bildung zu ermöglichen, sei angesichts des viel beklagten Fachkräftemangels in Bayern nicht zu begreifen, so Zacharias

Der Integrationsprozess gerät laut Zacharias zudem dadurch ins Stocken, dass es Nicht-EU-Bürgern noch immer nicht erlaubt ist, auf kommunaler Ebene zu wählen. Deutschlandweit ist es mehr als 4,5 Millionen Menschen versagt, über die politische Gestaltung ihres Ortes mit zu entscheiden. Dies müsse sich schnellstmöglich ändern. Ändern müsse sich auch, dass endlich die doppelte Staatsangehörigkeit für Menschen aus Staaten außerhalb der EU eingeführt wird. Die Tatsache, dass man sich bis spätestens zum 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müsse, dürfe nicht länger hingenommen werden.

Zukunft der Altenpflege - Halbleib hatte zum Pflegedialog eingeladen

Reformen zum Vorteil der Pflegekräfte und der Pflegebedürftigen notwendig

Mit der provozierenden Frage „Steht die Altenpflege vor dem Kollaps?“ hatte SPD-Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib zum Pflegedialog nach Würzburg eingeladen.

Gemeinsam mit seiner Fraktionskollegin, der Ärztin Sabine Dittmar aus Bad Kissingen und mit Ministerialdirigent Franz Wöfll aus dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, mit Winfried Fischer, dem Referenten für Qualitätssicherung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) in Bayern und mit Dr. Alexander Schraml, Vorstand des Kommunalunternehmens im Landkreis Würzburg wurden wichtige Fragen zur Situation und der Zukunft der Altenpflege diskutiert. Das Publikum, das v.a. aus Pflegekräften, Einrichtungsleitern, Personalvertretern und Vertretern der großen Sozialverbände bestand, war konstruktiv in die Diskussion mit eingebunden.

Halbleib und Dittmar sahen sich in ihren bisherigen Forderungen und Haltungen bestätigt: Wir brauchen tatsächlich dringender Reformen im Altenpflegewesen!

Zum einen muss Bürokratie abgebaut und vereinfacht werden. Pflegekräfte sind verpflichtet, ihre Tätigkeiten ausführlich zu dokumentieren. Die Dokumentation muss jedoch vereinfacht und vereinheitlicht werden, denn Pflegekräfte sind keine Verwaltungsfachkräfte. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass Gesetze und Verordnungen so deutlich und einfach formuliert werden müssen, dass daraus klar die Aufgaben und die Verantwortungsbereiche von Einrichtungsleitung, Pflegedienstleitung und Pflegekräften und die Rechte von Pflegebedürftigen hervorgehen.

Pflegeeinrichtungen müssen regelmäßig auf ihre Qualität geprüft werden, z.Z. führen unabhängig voneinander MDK und Heimaufsicht diese Prüfungen durch. Qualitätsprüfungen sollten in Zukunft eine klarere Orientierung geben, ob und an welcher Stelle Verbesserungen notwendig sind.

Ob oder wie stark ein Mensch pflegebedürftig ist, regelt in Deutschland der sog. Pflegebedürftigkeitsbegriff. Hier muss nach einhelliger Meinung aller Diskussionsteilnehmer endlich ein neuer ins Gesetz aufgenommen werden.



V.l.n.r.: Franz Wöfll, Dr. Alexander Schraml, MdL Sabine Dittmar, Winfried Fischer und MdL Volkmar Halbleib.

Durch den bisherigen werden die aktuellen Entwicklungen nicht mehr abgebildet, die immer häufiger auftretende Erkrankung an Demenz wird bislang zu wenig berücksichtigt.

Vieles muss auch im Ausbildungsbereich geändert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Von Seiten der SPD wird seit Jahren die Kostenfreiheit der Altenpflegeausbildung gefordert. Gefordert wird eine generalisierte Ausbildung für alle Pflegeberufe und die Möglichkeit, den Pflegeberuf auch in Teilzeit in sechs Jahren zu erlernen.

Aktivitäten vor Ort

Weg für die Erweiterung der Feuerwehrscheule in Würzburg ist frei Halbleib: Grundstückskauf wichtiger Meilenstein für Sicherheits-Projekt

Der Weg für die dringend notwendige Erweiterung der Staatlichen Feuerwehrscheule in Würzburg ist frei! In seiner Sitzung am 26. Januar hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags dem Kauf der 22.000 Quadratmeter großen Erweiterungsfläche von der Würzburger Stadtbau zugestimmt.

„Das ist ein wichtiger Meilenstein für die Schaffung dringend benötigter Übungsanlagen für die Feuerwehren in Unterfranken und ganz Nordbayern. Damit können endlich die überfälligen Ausbildungskapazitäten vor allem für ehrenamtliche Feuerwehrleute in absehbarer Zeit geschaffen werden“, erklärte Volkmar Halbleib.

Auf der Erweiterungsfläche soll ein bayernweites Kompetenzzentrum für die Bootsführer

von Feuerwehrbooten errichtet werden, das mit einem Hafenplatz am Main verbunden wird. Halbleib zeigte sich erfreut, dass damit langwierige und schwierige Grundstücksverhandlungen ihr erfolgreiches Ende gefunden haben. Die jetzt vom Freistaat erworbene Fläche ist Teil der ehemaligen Hindenburgkaserne. Deswegen waren umfangreiche Altlastenuntersuchungen und Stellungnahmen von Ordnungs- und Fachbehörden erforderlich. Finanziert wird der Kauf über zweckgebundene Mittel der Feuerschutzsteuer. „Nachdem die Mittel in den vergangenen Jahren trotz eines riesigen Investitionsstaus bei den Feuerwehren nicht abgerufen wurden, ist das Geld am Würzburger Standort gut investiert für die Feuersicherheit von Kommunen, Unternehmen und Bürgern“, zeigt sich der SPD-Finanzexperte überzeugt.



Quelle: Staatliches Bauamt Würzburg, Graphik: MainPost

Halbleib traf Gauck



Joachim Gauck, damals noch Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, besuchte am 12. März die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion in München. Volkmar Halbleib nutzte die günstige Gelegenheit, sich Gaucks Autobiographie „Winter im Sommer - Frühling im Herbst“ signieren zu lassen. Halbleib, der als Mitglied der Bundesversammlung wenige Tage später Joachim Gauck gewählt hat, spendete inzwischen das Buch der Würzburger Stadtbücherei.

Fortschritte beim Ausbau des Hubland-Campus

Halbleib: Gut investiertes Geld für Kinderbetreuung



In absehbarer Zeit kann am Hubland-Campus Nord der Umbau der ehemaligen „DayDay Nursery“ der amerikanischen Streitkräfte zum Uni-kinderhaus beginnen.

Das Gebäude besteht aus drei einzelnen, Mitte der 80er Jahre gebauten Pavillons, die zu einem Kinder- und Familienzentrum umgebaut werden sollen.

Im ersten Bauabschnitt, für den nun 2,16 Millionen Euro freigegeben werden, wird Pavillon A zu einer Kindertagesstätte für drei Krippen- und eine Kindergartengruppe umgebaut.

Die Kindertagesstätte erhält neue Innenwände in Trockenbauweise, einen neuen wärme gedämmten Verputz und eine neue, ebenfalls gedämmte Metall dacheindeckung. Zudem soll der noch bestehende Innenhof mit einem Flachdach mit Lichtkuppeln geschlossen werden. Der neu entstehende Raum dient künftig als Speisesaal und Foyer.

„Der Umbau von Pavillon A ist der erste, wichtigste Schritt. Wichtig ist nun aber, dass wir dafür sorgen, dass auch die Pavillons B und C möglichst bald umgebaut werden können, so dass hier die familien- und beratungsorientierten Serviceeinrichtungen der Uni einziehen können. Außerdem soll hier mit einer Kurzzeitbetreuung ein zusätzliches Betreuungsangebot entstehen. Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden“, fordert Halbleib.

Multifunktionales Innovations- und Gründerzentrum erhält Millionen-Förderung vom Freistaat

MdL Halbleib: Erfolgreicher parteiübergreifender Einsatz für den Standort Würzburg

Der Bayerische Landtag gibt grünes Licht für den Neubau des Multifunktionalen Innovations- und Gründerzentrums in Würzburg.

Wie Volkmar Halbleib, SPD-Landtagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Landtag, mitteilte, hat der Haushaltsausschuss am 8. März beschlossen, die Ansiedlung des neuen Wirtschaftszentrums auf dem ehemaligen Leighthon-Areal in unmittelbarer Nähe zum neuen Uni-Campus mit insgesamt 5 Millionen Euro vom Freistaat Bayern zu unterstützen. Halbleib hatte bei Wirtschaftsminister Zeil schriftlich und bei zwei Gesprächen im Landtag für das Projekt geworben.

Der neue Bau am Hubland soll das bisherige Gründerzentrum in der Mainaustraße ersetzen und die Arbeit am neuen Standort mit erweiterten Aufgaben - und gerüstet für die neuen Herausforderungen - fortsetzen. Der Haushaltsausschuss hat entschieden, bereits im Haushaltsjahr 2012 eine Anschubfinanzierung in Höhe von 1 Million Euro bereit zu stellen, für 2013 und 2014 sind jeweils 2 Million Euro Förderung vorgesehen.

Petition gegen Studiengebühren findet in Würzburg gute Resonanz

Juso-Hochschulgruppe überreicht 1000 Unterschriften an MdL Halbleib

Auf gute Resonanz ist in Würzburg die Unterschriften-Aktion zur Abschaffung der Studiengebühren in Bayern gestoßen. Der Würzburger SPD-Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib und die Juso-Hochschulgruppe Würzburg haben an insgesamt fünf Info-Ständen am Hubland und in der Würzburger Innenstadt für ein gebührenfreies Studium im Freistaat geworben.



Gebühren im Eimer: MdL Isabell Zacharias und das Team der AfB im Maximilianeum mit 32.000 Unterschriften.

Zum Abschluss der Aktion überreichten Kathrin Nikolaus und Tobias Pietsch, beide Sprecher der Juso-Hochschulgruppe, weitere 1.000 Unterschriften an Halbleib.

Die Unterschriftenliste wurde in München an die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Isabell Zacharias übergeben. Ende Februar wurde die Petition offiziell bei Landtagspräsidentin Barbara Stamm eingereicht.

Insgesamt sind bisher bei der im letzten Jahr von der SPD initiierten Massenpetition zur Abschaffung der Studiengebühren über 32.000 Unterschriften zusammen gekommen.

Dabei will die SPD sicherstellen, dass der vollständige Ersatz der wegfallenden Studiengebühren aus dem Haushalt des Freistaats Bayern gewährleistet und die Studierenden auch an Universität und Fachhochschule Würzburg weiterhin an der Entscheidung über die Verwendung der Mittel beteiligt werden. „Deswegen hilft ein Volksbegehren leider nicht weiter, wir setzen auf die Einsicht von CSU und FDP oder auf veränderte Mehrheitsverhältnisse nach der nächsten Landtagswahl. Die Abschaffung der Studiengebühren ist die erste Maßnahme, die wir angehen!“, so Halbleib.

Verbesserungen für Schulbegleitung behinderter Kinder angemahnt

MdL Halbleib: „Einheitliche Regelung in der Region notwendig!“

Für dringend verbesserungsbedürftig hält der Würzburger SPD-Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib die Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher beim Schulbesuch. Sogenannte Schulbegleiter sollen behinderte Kinder auf dem Schulweg und während des Unterrichts betreuen und ermöglichen, dass behinderte Kinder beim Besuch von Förderschulen oder in den Regelschulen integriert werden können. Problem ist allerdings, dass Eltern für die Organisation der Schulbegleiter in die Rolle des Arbeitgebers schlüpfen müssen und sich dabei schlicht überfordert und allein gelassen fühlen.

Die Vielzahl von Schreiben und Anrufen von Eltern an sein Abgeordnetenbüro nimmt Halbleib nun zum Anlass, bei den beteiligten Behörden für Eingliederung und Jugendhilfe auf Verbesserungen zu drängen. Mit einem Schreiben hat er Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, die Landräte Tamara Bischof (Kitzingen), Thomas Schiebel (Main-Spessart) und Eberhard Nuss (Würzburg) sowie Würzburgs

Oberbürgermeister Georg Rosenthal dazu aufgefordert, gemeinsam einheitliche Regelungen und deutliche Verbesserungen für Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter in der Region zu erreichen. Drängendstes Problem ist für Halbleib eine Entlastung der Eltern behinderte Kinder, die sich von der Rolle als offizieller Arbeitgeber der Schulbegleiter überfordert fühlen, mit den Schwierigkeiten bei der ordnungsgemäßen Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen allein gelassen werden und bei Krankheit oder Urlaub des Schulbegleiters nur schwer einen schnellen Ersatz zu finden können.

Einladung von MdL Volkmar Halbleib:

Kinder der AWO-Mittagsbetreuung Frickenhausen verbringen einen tollen Tag in München und im Bayerischen Landtag



Dr. Simone Strohmayer und Volkmar Halbleib mit den Kindern aus Frickenhausen und Umgebung im Plenarsaal des Bayerischen Landtags.

Einen ganz besonderen Tag in München verbrachten 20 Kinder der AWO-Mittagsbetreuung an der Grundschule Frickenhausen. In die Landeshauptstadt eingeladen hatte der Ochsenfurter SPD-Abgeordnete Volkmar Halbleib. Zurück ging die Einladung auf einen Besuch des Abgeordneten bei den Kindern in Frickenhausen.

Nach einer spannenden Besichtigung der Allianz-Arena konnte Halbleib gemeinsam mit seiner Fraktionskollegin Dr. Simone Strohmayer, Mitglied der Kinderkommission des Bayerischen Landtags, die Kinder, die begleitenden Eltern und den Frickenhäuser Bürgermeister Ludwig Hofmann im Plenarsaal empfangen.

Die beiden Abgeordneten hatten sichtlich Spaß, den Kindern zunächst zu erklären, was der Bayerische Landtag genau ist und wie die Landtagsabgeordneten hier und in ihrer Heimat arbeiten. Die Kinder fragten Halbleib und Strohmayer regelrecht Löcher in den Bauch: „Was tun Sie für uns Kinder?“, „Können Sie dafür sorgen, dass keine Schulen mehr geschlossen werden?“, „Wie können Sie uns helfen, dass wir schönere Spielplätze bekommen?“ oder „Sind Sie sehr nervös, wenn Sie vor einer Fernsehkamera stehen?“ zeigt nur eine kleine Auswahl der Fragen, die an die beiden SPD-Politiker gerichtet wurden.

Zu Besuch bei FortSchritt Würzburg e.V.

Halbleib und Linsenbreder informieren sich über Konduktive Förderung

Gemeinsam mit der Bezirkstagsvizepräsidentin Eva-Maria Linsenbreder informierte sich der SPD-Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib in Würzburg darüber, wie die Lebensqualität und Selbständigkeit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bei einer Schädigung des zentralen Nervensystems durch eine spezielle Förderung erheblich zu verbessern ist.

Seit Dezember 1995 bietet der Würzburger Verein FortSchritt mit der sogenannten Konduktiven Förderung Hilfe und Förderung für Körper- und Mehrfachbehinderte und deren Familien. Im Juli 2005 bezog der Verein mit der heilpädagogischen Tagesstätte Räumlichkeiten in Haus 4 der Blindeninstitutsstiftung in Würzburg. Dort waren die SPD-Politiker einen Vormittag lang zu Gast.

Gemeinsam mit Lisa Pitz, der Leiterin der heilpädagogischen Tagesstätte und des Förderzentrums von FortSchritt, und mit Andrea Krist, der Verantwortlichen für die Büroorganisation, Schulbegleitung und Sponsoring, begleiteten die Politiker in der Einrichtung den Tagesablauf.

Gefördert werden im Zentrum Menschen aller Altersstufen die von Geburt an einer Schädigung des zentralen Nervensystems leiden, aber auch Menschen nach einem Schlaganfall, Parkinson-Patienten oder mit einem Schädelhirntrauma, zum Beispiel nach einem Unfall. Die Konduktive Förderung verbindet Sprache, Bewegung und Rhythmus und fördert die motorische, sprachliche, geistige und soziale Entwicklung.

Volkmar Halbleib und Eva-Maria Linsenbreder konnten sich vor Ort selbst davon überzeugen, dass die Ziele der Therapie, nämlich die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Persönlichkeit, der Erwerb motorischer Grundfertigkeiten, der (Wieder-)Auf- und Ausbau intellektueller und kommunikativer Fähigkeiten, in Würzburg mit viel Geduld und Liebe betrieben und erreicht werden.

„Dank enger Zusammenarbeit mit den Angehörigen und durch deren Anleitung im Alltag erreichen wir eine für viele Außenstehende überraschende Selbständigkeit unserer Betreuten.“

Die Teilhabe am Familien- und Gesellschaftsleben oder sogar eine Reintegration in Beruf und Freizeit wird somit möglich. Entwicklungen, die vorher unmöglich erschienen“, berichtet Frau Pitz überzeugend.

Allerdings drücken den Verein auch Sorgen. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen finanzieller Zuschüsse durch Krankenkassen und Bezirk. Die bezahlten Tagessätze reichten oft bei Weitem nicht aus, so Pitz.

Linsenbreder und Halbleib sagten beide abschließend ihre politische Unterstützung zu.



V.l.n.r.: Eva-Maria Linsenbreder, Volkmar Halbleib, Lisa Pitz und Andrea Krist.

Meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher

Finanzsprecher Volkmar Halbleib: Bayern kann sich diese Staatsregierung nicht mehr leisten

Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs dokumentiert milliardenschweres Staatsversagen

„Milliardenschweres Staatsversagen“ wirft der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, dem Finanzminister beim Steuervollzug in Bayern vor. Nachdem der ORH die Defizite in der Steuerverwaltung Jahr für Jahr kritisiert, bewertet er jetzt die Personalsituation sogar als prekär. So seien die im Haushalt ausgewiesenen 16.500 Stellen in den bayerischen Finanzämtern absolut unzureichend und davon sind 1.900 Stellen gar nicht besetzt. Es sei, so Halbleib, seit Jahren bekannt, dass die bayerische Steuerverwaltung bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung, der Umsatzsteuersonderprüfung und im Innendienst dramatisch unterbesetzt und Bayern im Ländervergleich bei der Personalausstattung Schlusslicht ist. Weiter ist bekannt, dass zusätzliche Prüfer und Fahnder Mehrergebnisse von über einer Millionen Euro erzielen, sogar bei Kleinstbetrieben seien es laut ORH 400.00 Euro. Halbleib fordert daher den Finanzminister auf, endlich die gravierenden Defizite zu beseitigen und zog für den Fall der Verweigerung den politischen Schluss: „Bayern kann sich diese Staatsregierung nicht mehr leisten!“

Mehr unter: <http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14752&nav=aktuell>

Iranische Asylbewerber können auf Anerkennung hoffen

Halbleib: Parteiübergreifender Einsatz zeigte Erfolg

Die iranischen Flüchtlinge, die am Würzburger Vierröhrenbrunnen für ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge protestierten, beendeten am 4. April ihren Hungerstreik. Ihnen wurde an diesem Tag in einem Gespräch im Würzburger Rathaus von Michael Griesbeck, Vizepräsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), zugesagt, dass ihre Asylanträge in den nächsten Wochen erneut überprüft werden.

Halbleib wertete die nun gegebene Zusage des BAMF als gemeinsamen, parteiübergreifenden Erfolg: für das Zustandekommen des Gesprächs hatten sich Würzburgs Oberbürgermeister Georg Rosenthal, MdB Frank Hofmann, die grüne Landtagsabgeordnete Simone Tolle und er selbst vehement eingesetzt. Halbleib hatte sich u.a. mit einem schriftlich Appell an Bayerns Sozialministerin Haderthauer und an das BAMF gewandt und gefordert, mit den iranischen Asylbewerbern den Dialog aufzunehmen, um einen tragischen Ausgang abzuwenden. Weiter auf der Tagesordnung bleibt für Halbleib das an der rigiden Haltung der CSU scheiternde Ziel, die Aufenthalts-Verhältnisse in der Unterkunft Würzburg menschenwürdiger zu gestalten.

Mehr unter: <http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14774&nav=aktuell>

5-Punkte-Plan zum Schuldenabbau bayerischer Kommunen

Von MdL Volkmar Halbleib

Die Kommunen sind staatsorganisationsrechtlich Teile der Länder. Daher müssen die kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaats einfließen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden sollen, bestünde darüber hinaus die Gefahr, dass – wie bei kommunizierenden Röhren – die Schulden in die kommunalen Haushalte verlagert werden. Ziel muss aber auch die Entschuldung der bayerischen Kommunen sein. Bei einer Gesamtbetrachtung von Staats- und Kommunalschulden tragen schon heute mit 28,9 Prozent die bayerischen Kommunen bei einem Ländervergleich den höchsten Schuldenanteil.

1. Tilgungsplan: Kommunale Schulden um 5,3 Milliarden Euro zurückführen!

Wenn der Staat die Zielsetzung des Schuldenabbaus verfolgt, darf er sich nicht auf Kosten der Kommunen entlasten, die Schulden auf die Kommunen verlagern und die Kommunen weiter in die Verschuldung treiben. Das Ziel ist im Gegenteil der parallele Abbau der kommunalen Schulden in Bayern durch eine verbesserte Finanzausstattung des Freistaats. Bereits jetzt haben die bayerischen Kommunen Kreditmarktschulden in Höhe von 13,8 Milliarden Euro – das sind 28,9% der Gesamtverschuldung von Staat und Kommunen. Der Anteil der baden-württembergischen Kommunen beträgt dagegen nur 12,1 Prozent, der Anteil der hessischen Kommunen 21,6%. Nimmt man als Zielmarke 20 Prozent kommunaler Schuldenanteil in Bayern, bedeutet das aktuell: Die kommunalen Schulden müssen um 5,3 Milliarden Euro sinken.

2. Schrittweise Erhöhung der Verbundquote auf 15 Prozent und dadurch Anstieg der Schlüsselzuweisungen um 600 bis 700 Millionen Euro pro Jahr

Die Verbundquote, also der Anteil, mit dem der Freistaat seine Kommunen an den Steuereinnahmen beteiligt, ist in Bayern mit 12,5 Prozent am niedrigsten, in BaWü und NRW beträgt sie 23 Prozent. Aus diesem Anteil – der Verbundmasse – werden im Wesentlichen die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden und Landkreise bezahlt. Eine Anhebung der Verbundquote auf 15 Prozent würde die Schlüsselmasse um 646 Millionen Euro erhöhen. Die Verbundquote sollte daher schrittweise jedes Jahr um 0,5 Prozentpunkte bis zur Zielmarke **angehoben** werden.

3. Sofortprogramm für finanzschwache Kommunen über Bedarfszuweisungen und Sonderbedarfszuweisungen: Vervierfachung auf 100 Millionen Euro

Die „Bedarfszuweisungen“ erfüllen die Funktion einer "Sozialhilfe für die Kommunen", sie sind dazu bestimmt, der außergewöhnlichen Lage und den besonderen Aufgaben von Gemeinden im Einzelfall Rechnung zu tragen. Sie können auch zum Ausgleich von Härten gewährt werden, die sich bei der Verteilung von Schlüsselzuweisungen ergeben, ebenso soll der besonderen Aufgabenbelastung der strukturschwachen Landkreise entsprechend Rechnung getragen werden. Aktuell sind im Haushalt 21,6 Millionen Euro vorgesehen. Daneben gibt es „Besondere Bedarfszuweisungen“ als Konsolidierungshilfen im Staatshaushalt für besonders finanzschwache Gemeinden allerdings nur im Rahmen eines Pilotprojekts in Höhe von aktuellen 4 Millionen Euro. Beide Ansätze zusammen sollten perspektivisch auf 100 Millionen Euro erhöht werden.

4. Treffsicherer Instrumenten-Mix für strukturschwache Kommunen in Bayern

Insbesondere das Problem des demographischen Wandels, also der Bevölkerungsabwanderung vor allem in Kommunen in Nord-Ost-Bayern, ist bislang ungelöst. Zwar wurde versucht, die Bevölkerungsabwanderung bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen stärker zu berücksichtigen. Das reicht aber nicht aus. Gerade in Kommunen mit negativer demographischer Entwicklung müssen die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge gesichert bleiben. Erforderlich ist ein treffsicherer und wirksamer Instrumentenmix aus regionaler und sektoraler Strukturpolitik sowie kommunalem Finanzausgleich, um erfolgreich gegensteuern zu können.

5. Verbesserung der Einnahmen des Freistaats und damit auch der Kommunen um 250 Millionen Euro pro Jahr

Wer wirksam entschulden will, muss sich auch um die Verbesserung der staatlichen Einnahmen kümmern. Die Personalausstattung der bayerischen Finanzverwaltung ist völlig unzureichend, regelmäßig äußert der BayORH seine Kritik daran. Erforderlich sind mind. 1.000 zusätzliche Betriebs-, Steuer- und Umsatzsteuersonderprüfer. Das durchschnittliche Mehrergebnis pro Prüfer und Prüferin im Jahr 2008 beträgt (nach den Daten der Staatsregierung in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Stefan Schuster) bei der Steuerfahndung 740,2 Tsd. Euro, bei der Betriebsprüfung 1.400,1 Tsd. Euro und bei der Umsatzsteuerprüfung 1.197,5 Tsd. Euro. Nach Abzug des Bundesanteils und Länderfinanzausgleich fließen bei 1.000 zusätzlichen Steuerprüfern jährlich rund 250 Millionen Euro zusätzlich in die Kassen von Freistaat und Kommunen.

Eindrücke vom Integrationspolitischen Tag mit Isabell Zacharias:



Volkmar Halbleib und Isabell Zacharias mit Zehra Aksu, Mitarbeiterin der Jugendbildungsstätte Unterfranken...



...und beim Empfang im Kulturspeicher mit Derya Özkan, der Koordinatorin des AK Integration der BayernSPD.

Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik

Flagge zeigen für Franken!

Jahrelang haben fränkische SPD-Abgeordnete gegen die bürokratische Engstirnigkeit der Innenminister Beckstein und Hermann argumentiert, die mit Verweis auf die "Flaggenverwaltungsanordnung" nicht erlaubten, dass die Franken auf offiziellen Gebäuden den "Fränkischen Rechen" hissen durften. Ein Beschluss im Rechtsausschuss des Landtags bläst den schwarzen Paragraphenrittern aber jetzt den Wind ins Gesicht - und die Franken dürfen Flagge zeigen.



V.l.n.r.: die fränkischen MdLs Inge Aures, Christa Naaß, Dr. Christoph Rabenstein, Volkmar Halbleib und Helga Schmitt-Bussinger.

2007 hatte die SPD-Landtagsfraktion die Initiativen vieler Gemeinden und Landkreise in Franken, die den Tag der Franken durch Beflaggung kommunaler Gebäude mit der Frankenfahne, dem Fränkischen Rechen Ausdruck und Symbolkraft gegeben haben, energisch mit einem Antrag unterstützt. Der Rechts- und Verfassungsausschuss des Landtags stellte nun klar: Der Amtsschimmel des Innenministeriums mag wiehern, aber die Frankenfahne soll wehen: spätestens am Tag der Franken am 2. Juli, zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit und weil sie als Nicht-Staatsflagge von der Flaggenverwaltungsanordnung gar nicht betroffen sein kann. Selbst wenn der rot-weiße Rechen mal an einem weiß-blauen Flaggenmast hängt.

Weiterer Besuch aus der Heimat:



Am 26. April konnte sich eine buntgemischte Gruppe von Genossinnen und Genossen aus Stadt und Landkreis Würzburg ein Bild von der Arbeit eines MdLs im Bayerischen Landtag machen. Von der Besuchertribüne aus konnten sie eine äußerst lebhaft diskutierte Diskussion mit CSU und FDP zu Steuerpolitik und Euro-Rettungsschirm miterleben, bei der Volkmar Halbleib der Hauptredner der SPD-Fraktion war.

Haushaltspolitiker der SPD-Landtagfraktion in Wien und Budapest

Am 21. März weilte der umstrittene rechtspopulistische ungarische Regierungschef Viktor Orban bei Ministerpräsident Horst Seehofer.

Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher hatte zu diesem Besuch klare Worte: „Orbans Verstöße gegen EU-Vertrag, Presse-, Meinungs- und Demonstrationenfreiheit müssen zur Sprache kommen. Vom bayerischen Ministerpräsidenten erwarte die bayerische SPD klare Worte zu den undemokratischen Vorgängen in Ungarn. Zeitgleich trafen in Budapest die Haushaltspolitiker der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Susann Biedefeld und Christa Naaß mit seinem wahrscheinlichen Herausforderer Attila Mesterhazy zusammen, um sich von ihm über die Lage in Ungarn informieren zu lassen. Anlass für den Besuch war die Tatsache, dass die BayernLB in Ungarn die viertgrößte Bank des Landes (MKB) besitzt. Allerdings geriet die MKB wegen der Politik von Orban mit 200 Millionen Euro in die roten Zahlen.

Seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 2010 wächst in Europa die Furcht um den Bestand von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit in Ungarn. Immer mehr ausländische Beobachter sehen Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orban auf dem Weg in eine autoritäre Demokratie. In Ungarn wächst inzwischen der Protest gegen das „System Orban“. Orbans Verstöße gegen EU-Vertrag, Presse-, Meinungs- und Demonstrationenfreiheit nehmen inzwischen, so Strobl, erschreckende Ausmaße an. Mit Attila Mesterhazy, dem Chair der Hungarian Socialist Party, trafen die SPD-Politiker einen jungen Parteivorsitzenden, der überzeugt ist von den europäischen Grundwerten und einem sozialen und demokratischen Ungarn.

Dem Besuch in Budapest waren Gespräche in Wien mit dem Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer, Thomas Gindele und SPÖ-Politikern (u.a. mit Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder und dem Vorsitzenden des Wiener SPÖ-Gemeinderatsklubs, Rudolf Schicker) im Finanzministerium bzw. im Wiener Rathaus vorangegangen. Mit dem Vorsitzenden des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), Erich Foglar, diskutierten die SPD-Haushaltspolitiker über die Auswirkungen der Finanzkrise für die Arbeitnehmer in Europa. Eine Finanztransaktionssteuer für diejenigen, welche die Krise verursachten, würde inzwischen von 9 Ländern der EU für richtig angesehen und gefordert.



Volkmar Halbleib mit Erich Foglar, Vorsitzender des österreichischen Gewerkschaftsbundes...



...und mit Attila Mesterhazy, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Feuerwehrempfang der SPD-Landtagsfraktion

Unter den 1.000 Feuerwehrleuten, die kürzlich von der SPD-Landtagsfraktion im Maximilianeum empfangen wurden, konnte der Ochsenfurter SPD-Abgeordnete Volkmar Halbleib auch Bruno Strobl, den Vorsitzenden der Freiwilligen Feuerwehr Erbshausen-Sulzwiesen, begrüßen. Die SPD im Landtag hatte die Freiwilligen Feuerwehren des Freistaats eingeladen, um deren enorme Bedeutung für Bayern zu würdigen. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude appellierte als Festredner an die Arbeitgeber, die für die Gesellschaft so wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Freiwilligen Wehren auch weiterhin zu unterstützen.



Für die zünftig-kabarettistische Umrahmung des Empfangs sorgte die „Altneihäuser Feierwehrcapell'n“, eine gute Gelegenheit für ein Erinnerungsfoto mit Mitgliedern der bekanntesten Feuerwehrcapelle des Landes: v.l. Bruno Strobl, Paukist Reinhard Stummreiter, „Kommandant“ Norbert Neugirg und MdL Volkmar Halbleib.

Altersbeschränkung bei Kommunalpolitikern: Popularklage eingereicht

Gantzer: Begründung für Altersgrenze nicht mit Rechtsprechung vereinbar

Die SPD-Landtagsfraktion hat unter Federführung ihres Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer die angekündigte Popularklage gegen die Altersgrenze von Landräten und berufsmäßigen Bürgermeistern jetzt eingereicht. Vertreten wird die Klage durch Rechtsanwalt Dr. Bihler in München. Gantzer beurteilt die Erfolgchancen der Klage als sehr hoch, da das Innenministerium übersehen habe, dass sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich Altersgrenzen geändert hat. Nach dieser Rechtsprechung, die der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs folgt, sind Altersgrenzen nur noch in Ausnahmefällen zulässig. Eine solche Ausnahme läge aber bei Kommunalpolitikern nicht vor.

Gantzer rechnet damit, dass der Verfassungsgerichtshof im nächsten Frühjahr seine Entscheidung fällen werde. Gantzer: "Das ist ein Jahr vor den Kommunalwahlen in Bayern. Die Parteien sollten also mit der Aufstellung ihrer Kandidaten bis dahin warten."

Betreuungsgeld setzt falsche Priorität

Bayern hat einen enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Bundesweit liegt der Freistaat mit 5,9 Prozent an letzter Stelle in der Ganztagsbetreuung - der Bundesdurchschnitt beträgt 12,9 Prozent (aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes). Ab 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz. Der Deutsche Städtetag geht in größeren Städten von einem tatsächlichen Bedarf von 50 Prozent aus. Dieser Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Dies bedeutet: Land und Bund müssen schnell und massiv in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren. ***Das Betreuungsgeld, wie es die CSU anstrebt, wäre also eine krasse Fehlsteuerung von Finanzmitteln.***

Wenn Familien wirkliche Wahlfreiheit haben sollen, dann muss das Betreuungsgeld gestoppt und die dafür vorgesehenen Gelder in die frühkindliche Erziehung investiert werden – in erster Linie zum Wohle der Entwicklung unserer Kinder. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft. Deshalb: **Unterzeichnen Sie / Unterzeichnet jetzt die Petition der BayernSPD für mehr Kinderbetreuung und gegen das Betreuungsgeld.**

Hier geht's zur Petition:

<https://petition.bayernspd.de/mitmachen/unterzeichnen/>



SPD-Expertin Annette Karl drängt auf schnellere und klarere Vorgaben beim Breitbandausbau

Leider bleibt noch vieles im Konkreten offen - Schluss mit ständigem Vertrösten

Die Breitbandexpertin der SPD-Landtagsfraktion, Annette Karl, zeigt sich erfreut über die am Mittwoch vom Kabinett Seehofer / Zeil beschlossene "bayerische Breitbandstrategie" mit Eckpunkten zur Förderung des Hochgeschwindigkeits-Internets. "Damit sind wir endlich auf dem richtigen Weg, doch es bleibt leider noch manches offen, weil vieles zu schwammig formuliert ist", stellt die SPD-Abgeordnete fest.

Für Annette Karl stellen sich vor allem drei Fragen: "1. Was bedeutet dies für Privathaushalte? 2. Was geschieht mit Weilern im ländlichen Raum? Wo ist da ein Konzept? 3. Wann endlich kommt dieses Programm konkret und praktisch ins Rollen? Auf all diese Fragen stehen die Antworten der Staatsregierung momentan noch aus."

Mehr unter: <http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14750&aktiv=1>

Aufgemerkt: Termine und Veranstaltungshinweise

30. April 2012, 19.00 Uhr

Maifeier der Gemeinde Thüngersheim mit Volkmar Halbleib als Gastredner
Josefsplatz in Thüngersheim

Politischer Frühling der SPD in Stadt und Landkreis Würzburg:

08. Mai 2012, 19.00 Uhr

Internet: Freiheit und Sicherheit, mit Doris Aschenbrenner, Vorsitzende der Jusos Unterfranken und netzpolitische Sprecherin der Jusos Bayern
Bürgerstuben St. Kilian, Stefan-Krämer-Str., Gerbrunn

14. Mai 2012, 19.30 Uhr

Bundeswehr – Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr unter besonderer Betrachtung des Reformbegeleitgesetzes, mit Walter Kolbow, Parl. Staatssekretär und MdB a.D.
Sitzungssaal des Rathauses, Veitshöchheim

18. Mai 2012, 18.00 Uhr

Schulden- und Finanzkrise in Europa mit Volkmar Halbleib und Kerstin Westphal
AWO-Heim, Winterleitenweg 9 in Höchberg

14. Juni 2012, 19.00 Uhr

Gute Arbeit statt Lohndumping und Billiglohn mit MdL Andreas Stepphuhn (Sachsen-Anhalt)
Max Dauthendey-Saal im Falkenhaus, Oberer Markt, Würzburg

Mein Team

Martin Bielawski, Organisation
Michael Frank, Pressearbeit und inhaltliche Zuarbeit
Niyazi Akcay, Bürgeranliegen
Max Dörflein

Mein Bürgerbüro

Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
Tel.: 0931/59384
Fax: 0931/53030
Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10-16 Uhr

Impressum

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib; Abgeordnetenbüro, Semmelstr. 46R, 97070 Würzburg
Redaktion: Michael Frank